



42. Jahrgang
4|2015



**STADTRAUM UND
STADTGESELLSCHAFT –
ERIKA SPIEGEL ZUM NEUNZIGSTEN**

Herausgegeben von
Margit Bonacker
Johann Jessen

mit Beiträgen von
Heidede Becker
Harald Bodenschatz
Tilman Harlander
Elke Pahl-Weber
Carsten Schaber
Walter Siebel
Jürg Sulzer
Karin Wilhelm



Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e.V.« in
Verbindung mit Harald Bodenschatz, Tilman Harlander, Johann Jessen,
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

Hans Schultheiß (Chefredakteur)

Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen,
Geographisches Institut

Prof. Dr. Andreas Gestrich, London,
Deutsches Historisches Institut

Dr. Theresia Gürtler Berger, Luzern

Prof. Dr. Johann Jessen, Universität Stuttgart,
Städtebau-Institut

Dr. Robert Kaltenbrunner, Bonn und Berlin,
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität
Weimar, Denkmalpflege und Baugeschichte

Prof. Dr. Ursula von Petz, Universität Dortmund

Prof. Dr. Klaus Jan Philipp, Universität Stuttgart,
Institut für Architekturgeschichte

Volker Roscher, Architektur Centrum Hamburg

Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt,
Institut für Geschichte,

Prof. Dr. Holger Sonnabend, Universität Stuttgart,
Historisches Institut

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:

Forum Stadt
Postfach 100355
73728 Esslingen
E-mail: hans.schultheiss@esslingen.de

Tel. +49(0)711 3512-3242; Fax +49(0)711 3512-2418
Internet: www.forum-stadt.eu

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglie-
derschrift des ca. 110 Städte umfassenden
»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte« e.V.

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 89,- Einzelheft EUR 24,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,-
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November
des laufenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder
der Redaktion eingegangen sein.

Vertrieb:

Südost Service GmbH
Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen
Fax +49(0)8581-9605-754
E-mail: info@suedost-service.de

Verlag:

Forum Stadt Verlag (FStV)
Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart
E-mail: forumstadtverlag@email.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht un-
bedingt die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche
Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Ein-
speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren
Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeit-
schrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich ge-
schützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen
Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmi-
gung in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von
Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanla-
gen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Griebisch & Rochol Druck, Hamm

© 2015 Forum Stadt e.V., Esslingen
Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Viertel-
jahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung« unter
dem Obertitel »Die alte Stadt« (ISSN 0170-9364).

40 JAHRE STADTERNEUERUNG BOLOGNA

1. EINFÜHRUNG

Vor 40 Jahren war Bologna ein einzigartiger urbanistischer Wallfahrtsort. Denkmalpfleger, Architekten, Stadtplaner, Sozialwissenschaftler, Politisierte und Politiker aus aller Welt pilgerten in die Hauptstadt der Emilia Romagna.¹ Die Faszination des Modells Bologna ging dabei weit über die Fachwelt hinaus und erreichte eine breite Öffentlichkeit. In einem viel beachteten Spiegel-Report von 1974 über die „Sanierung der Altstädte“ wurde das Modell als „Traumziel der Sanierer“, als „weltweit gerühmtes Vorbild“ und „bislang imponierendstes Beispiel einer gelungenen Altstadtsanierung“ der bisherigen Abrisspraxis in bundesdeutschen Altstädten gegenübergestellt.² In Bologna wurde, so schien es, die Zukunft der europäischen Stadt eingeleitet, eine Wende von epochaler Bedeutung. Bologna – das war Programm, Praxis und in ersten Ansätzen auch schon gebaute Realität einer besseren Stadt, der Stadt von morgen.

Die heute für Jüngere kaum mehr nachvollziehbare Faszination des Modells Bologna beruhte auf dessen inhaltlicher Radikalität wie Komplexität.



Abb. 1:

Die Mitte von Bologna, eines der größten und eindrucksvollsten historischen Zentren Europas, um 1970. Der Blick geht nach Südosten, im Hintergrund sind die Hügel des Apennin zu erkennen; aus: *Comune di Bologna* (s. A 8), S. 282.

1 Vgl. exemplarisch P. Debold/A. Debold-Kritter, Die Planungspolitik Bolognas. Stadtentwicklung und Stadterhaltung, in: *Bauwelt* 33 (1974), S. 1112 ff.; M. Jäggi/R. Müller/S. Schmid, *Das rote Bologna*, Zürich 1976.

2 Eine Zukunft für die Vergangenheit. Spiegel-Report über die Sanierung der Altstädte, *Spiegel* 25 (1974), www.spiegel.de/spiegel/print/d-41696570.html [06.07.2015].



Abb. 2:
Silhouette des historischen
Zentrums von Bologna, um 1974;
Quelle: *Conoscenza e coscienza
della città. Una politica per il cen-
tro storico di Bologna*, Katalog,
Bologna 1974, S. 128.

Das nach kontroversen vorausgehenden Diskussionen³ 1969 mit dem „Plan für das historische Zentrum“⁴ eingeleitete „Modell Bologna“ war in mehrfacher Hinsicht eine Wende der Stadtentwicklungspolitik. Inhaltlich waren es vor allem fünf Dimensionen, die über die Fachwelt hinaus große Beachtung fanden: erstens die erhaltende Erneuerung des gesamten historischen Zentrums, zweitens das Konzept der Stadt als Netz von öffentlichen Dienstleistungen, drittens die soziale Perspektive der Wohnraumsanierung, die im Konzept der Wohnung als öffentliche Dienstleistung ihren programmatischen Ausdruck fand, viertens das Projekt einer kommunalen Dezentralisierung, die baulich in der neuen Nutzung großer Klosterkomplexe sichtbar wurde, und fünftens die Perspektive einer sozialorientierten Raumordnungs- und Regionalpolitik, die durch die Institutionalisierung der Regionen möglich wurde. Erst diese fünf Dimensionen gemeinsam bildeten das stadtentwicklungspolitische Programm, das damals unter dem Begriff „Modell Bologna“ zusammengefasst wurde. Es korrespondierte mit einer Wiederentdeckung der Werte und Potenziale der historischen Stadt, und zwar in einem Sinne, der über die Frage der städtebaulichen Form deutlich hinausgeht, diese aber als Kern hat.

Das Modell Bologna war kein Zufall oder bloß lokal begründet. Es war Ausdruck eines gesellschaftlichen Umbruchs und Ausdruck zahlreicher sozialer Bewegungen in Europa, die sich mit den baulichen und politischen Verhältnissen in den Städten kritisch auseinandersetzten. Diese Bewegungen gingen weit über das hinaus, was im engeren Sinn gerne als „68er-Bewegung“ bezeichnet wird. Sie veränderten auch die etablierten Parteien und

3 Ein Fokus waren etwa die Auseinandersetzungen um die städtische Grundrente und Bodenreform, vgl. u.a. *G. Campos Venuti, Amministrare l'urbanistica*, Turin 1967.

4 *Comune die Bologna*, „Piano per il centro storico“ vom 21.07.1969.

**Abb. 3:**

Straße im historischen Zentrum (via Broccaindosso) vor der Sanierung, um 1970; aus: *Comune di Bologna* (s. A 8), S. 88.

Institutionen. Der sich über viele Jahre hinziehende Umbruch kulminierte im Denkmalschutzjahr 1975,⁵ das durch eine Vernetzung von Initiativen von oben und unten gekennzeichnet war. Bologna war das wichtigste Aushängeschild des Denkmalschutzjahrs 1975,⁶ es fasste sozusagen die europaweiten Aktionen in einem Kultort symbolisch zusammen. In Bologna war es die eurokommunistische Partei, die zunächst neuen Ideen und neuen Personen, die zum Teil aus den Universitäten kamen, eine Plattform bot. Im roten Bologna zeigten sich aber bald auch die Grenzen dieses Umbruchs, die – über die heraufziehende ökonomische Krise und die sich formierende politische Gegnerschaft hinaus – auch in der gesellschaftlichen Struktur vor Ort begründet waren, in dem starken wirtschaftlichen Mittelstand, der die Basis des PCI (*Partito Comunista Italiano*) bildete und sich gegen radikale Reformen wehrte.

Unser Bezug zu diesem Themenfeld transzendiert die traditionelle Rolle des nüchtern analysierenden Wissenschaftlers, denn wir sind befangene Zeitgenossen und wissen-

5 Vgl. *Council of Europe, Committee on Monuments and Sites*, European Programme of Pilot Projects. Strasbourg 1977; *Conseil de l'Europe, UN AVENIR POUR NOTRE PASSE PATRIMONIE ARCHITECTURAL EUROPEEN*, Liège 1977; für Deutschland: Eine Zukunft für unsere Vergangenheit. Denkmalschutz und Denkmalpflege in der Bundesrepublik Deutschland, Katalog zur Wanderausstellung 1975-1976, München 1975.

6 Der Europarat selbst hat aus guten Gründen keine Best-Practice-Hierarchie zu den Aktivitäten der verschiedenen Städte veröffentlicht. Jedoch zeigt u.a. die Veranstaltung des Europarats-Symposiums zum Thema „Costo sociale della conservazione integrata dei centri storici“ vom 22. bis 27. Oktober 1975 in Bologna die besondere Bedeutung dieser Stadt für die Denkmalschutzkampagne. Im Oktober 1978 war die Emilia Romagna mit der Stadt Ferrara noch einmal Sitz eines wichtigen Symposiums des Europarates mit dem Titel „Vitalità delle compagini storiche, fattore e prodotto di riequilibrio tra città e campagna“.

schaftliche Beobachter zugleich. Eine bekanntlich schwierige Rolle. Wir haben die Jahre der euphorischen Begeisterung über das Modell Bologna nicht nur in Deutschland erfahren, sondern lebten in den Jahren 1975 und 1976 in Bologna und haben beide über das Reformmodell promoviert, und zwar im Rahmen der größeren Themen Bodenreform in Italien und regionale Entwicklungspolitik in der Emilia Romagna.⁷

2. ERHALTENDE BAULICHE ERNEUERUNG DES GESAMTEN HISTORISCHEN ZENTRUMS

Bis heute ist Bologna für seine Politik der erhaltenden Erneuerung des historischen Zentrums bekannt. Diese spektakulärste Dimension des Modells Bologna setzte eine kulturelle Neubewertung des historischen Zentrums voraus: Geschützt wurden nicht mehr nur einige ausgewählte Gebäude, sondern das Zentrum als Gesamtdenkmal.⁸ Während über Jahrzehnte europaweit die einfachen historischen Gebäude und die städtebauliche Struktur der historischen Stadt als unakzeptabel, wertlos und nicht erhaltungswürdig angesehen wurden, erhielt in Bologna das gesamte städtebauliche Erbe, auch die einfachen Handwerkerbauten, das Prädikat erhaltenswert. Das war ohne Zweifel das bis dahin

bedeutendste Beispiel für einen behutsamen Umgang mit einem historischen Zentrum in Europa.

Der historische Baubestand des Zentrums von Bologna war mit insgesamt 435 Hektar nach Venedig der umfangreichste Italiens. Die Struktur des historischen Kerns mit der Via Emilia und dem recht-

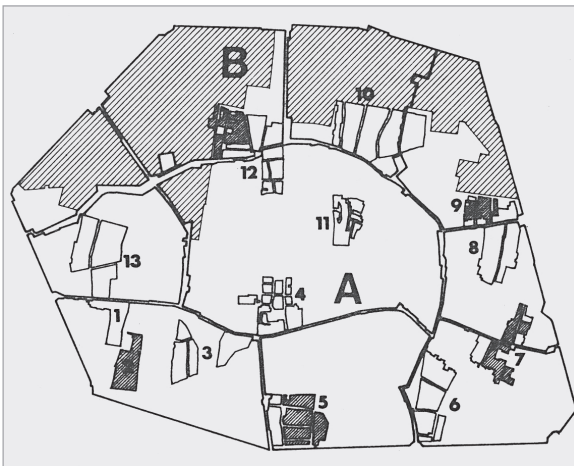


Abb. 4: Plan für das historische Zentrum von Bologna: Zone A und B sowie 13 Sanierungsgebiete, so ausgewiesen 1969; aus: H. Bodenschatz (s. A 7), S. 176.

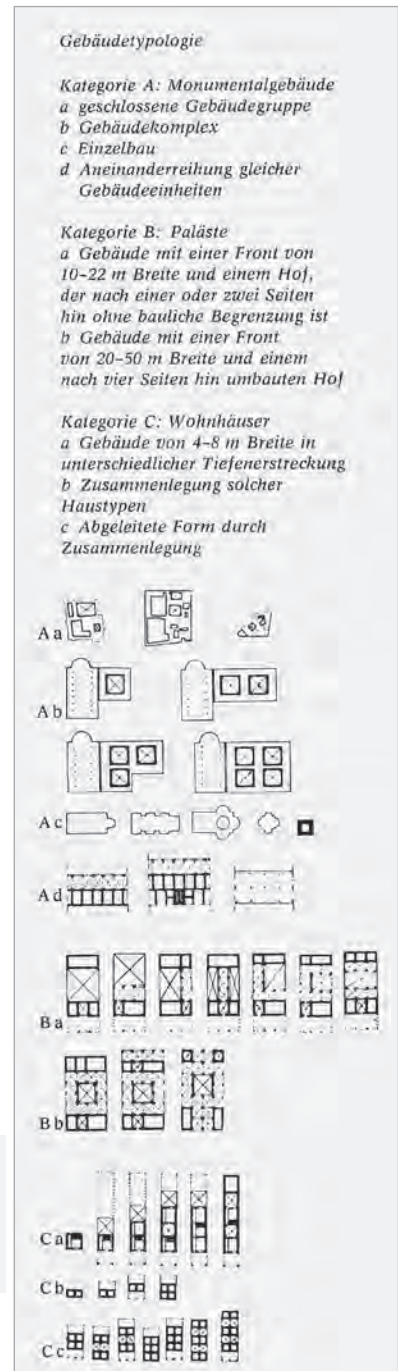
7 H. Bodenschatz, *Städtische Bodenreform in Italien. Die Auseinandersetzung um das Bodenrecht und die Bologneser Kommunalplanung*, Frankfurt/New York 1979 und T. Harlander, *Regionale Entwicklungspolitik in der Emilia-Romagna*, Frankfurt/New York 1979; später folgte Lothar Jax mit einer weiteren Dissertation: *L. Jax, Stadterneuerung in Bologna 1956-1987. Zum Aufstieg und Niedergang der Quartiersdemokratie*, Köln 1989. Alle drei Promotionen wurden durch Exkursionen und Arbeiten am Lehrstuhl für Planungstheorie der RWTH Aachen vorbereitet. Von großer Bedeutung waren dabei auch die Arbeiten von Juan Rodriguez-Lores, vgl. etwa *ders.*, *Kommunale Dezentralisierung und politische Planungsbeteiligung in Italien*, in: *Die kooperierenden Lehrstühle für Planung an der RWTH Aachen* (Hrsg.), *Sozialorientierte Stadterhaltung als politischer Prozess*, Köln 1976, S. 112 ff.

8 Vgl. auch *Comune di Bologna* (Hrsg.), *Bologna – Centro Storico*, Ausstellungskatalog, Bologna 1970.

eckigen, regelmäßigen Straßensystem geht auf die römische Zeit zurück. Im Mittelalter wurde dieser Kern noch mals gewaltig erweitert und blieb bis zur politischen Einigung Italiens 1861 weitgehend unverändert. Erst die Anlage des Bahnhofs, Stadterneuerungsmaßnahmen in der Zeit des italienischen Faschismus und die Bomben des Zweiten Weltkrieges veränderten vor allem im Norden die vorindustrielle Struktur des Zentrums. Noch der 1958 genehmigte Generalbebauungsplan schützte nur die Hauptdenkmäler des Zentrums und sah ansonsten massive Durchbrüche, Abbrüche und Erweiterungen vor. Bereits in der ersten Hälfte der 1960er Jahre wurde ein Kurswechsel vorbereitet. Planerische Grundlage für die bauliche Erhaltung des historischen Zentrums insgesamt war schließlich der *Piano per il centro storico*, der Plan für das historische Zentrum aus dem Jahr 1969, der eine mehrjährige Debatte über eine neue städtebauliche Politik für das Zentrum abschloss.

Der Plan betrachtete das gesamte historische Zentrum innerhalb der Stadtmauern des 14. Jahrhunderts als „einziges Monument“, als „einheitlichen urbanistischen Komplex und nicht als Summe einzelner Baukomplexe“.⁹ Dieses Gebiet entsprach der Zone A des Zentrums, während die Zone B diejenigen Gebiete bezeichnete, die in den vorangegangenen Jahrzehnten bereits stark verändert worden waren. Die Zone A umfasste insgesamt 336 Hektar. Innerhalb dieser Zone wurden 13 Sanierungsgebiete ausgewiesen, in denen die Bausubstanz aktiv erneuert werden sollte. Was die Nutzung betrifft, so sollte das Zentrum vor allem als Wohngebiet erhalten bleiben. Funktionen wie Universität, kulturelle, touristische und repräsentative Einrichtungen, spezialisiertes Kleingewerbe und Einzelhandel wurden als

Abb. 5:
Typologische Analyse im Rahmen des Plans für das historische Zentrum von Bologna, 1969;
aus: P. Debold / A. Debold-Kritter (s. A 1), S. 1130.



⁹ P. L. Cervellati / R. Scannavini (Hrsg.), Bologna: politica e metodologia del restauro nei centri storici, Bologna 1973, S. 93.

Abb. 6:

Generalbebauungsplan von 1970: vorhandene (schwarzer Stern) und vorgesehene (schwarzer Stern im Kreis) Grundschulen – ein Beispiel für das Programm der öffentlichen Dienstleistungen; Quelle: Piano Regolatore Generale, adottato dal consiglio comunale il 6 aprile 1970, Bologna 1974, Tafel 18 nach S. 150.



mit der städtebaulichen Struktur vereinbar betrachtet. Als unvereinbar galten Verwaltungen mit starkem Publikumsverkehr, Kaufhäuser und Depots, die in eigene, neu zu schaffende „Direktionszentren“ ausgelagert werden sollten. Ausgeschlossen wurde die Einrichtung öffentlicher wie privater Büros mit mehr als zehn Beschäftigten.

3. PROGRAMM EINER STADT DER ÖFFENTLICHEN DIENSTLEISTUNGEN

Das Modell Bologna bezog sich von Anfang an nicht nur auf die historische Bausubstanz, sondern war in ein übergeordnetes städtebauliches und sozialpolitisches Programm eingebettet, das im Konzept der öffentlichen Dienstleistungen seine Zuspitzung erfuhr. *Riuso della città*, dies sollte nicht mehr und nicht weniger als die Umkehr der bisherigen privatistischen ökonomischen Entwicklungslogik der Stadt beinhalten. In diesem Sinn ist es die Aufgabe der Stadt, so die damalige Sichtweise, öffentliche Dienstleistungen zu erbringen, die der Befriedigung elementarer Bedürfnisse aller Stadtbürger, nicht allein der Wohlhabenden dienen. Dazu gehörten Schulen, gesundheitliche Einrichtungen, Grünanlagen, Straßen usw. Vorrang sollte der öffentliche, kollektive Konsum gegenüber dem privaten Konsum haben – ganz in der Tradition der damaligen Kritik an der „Stadt des Überflusses“. Die durch öffentliche Einrichtungen strukturierte Stadt wurde zum neuen städtebaulichen Leitbild des Generalbebauungsplans (*Piano Regolatore Generale*, PRG) von 1970. Dieser Plan wurde zum „Plan der öffentlichen Dienstleistungen“, er versprach mehr Dienstleistungen und eine bessere Verteilung der Dienstleistungen zwischen Zentrum und Peripherie. Der Generalbebauungsplan proklamierte das „Recht auf öffentliche Dienstleistungen“, ja das „Recht auf Stadt“. Ausdruck fand diese programmatische

Abb. 7:
 Von neuer Bebauung frei gehaltene Hügelizeone des Apennin, im Hintergrund Bologna, um 1982; Quelle: *La collina di Bologna. Un patrimonio naturale per tutta la città e i suoi abitanti*, Bologna 1983, S. 65.



Orientierung vor allem in der drastischen Reduktion der Bauflächen und der Entwicklung urbanistischer Standards, die die anzustrebende Fläche für öffentliche Dienstleistungen pro Einwohner bezeichneten. Für die öffentlichen Dienstleistungen wurden im Plan die notwendigen Flächen ausgewiesen. In diesem Kontext ist auch der 1969 angenommene Hügelplan von großer Bedeutung, der eine Zersiedelung der unmittelbar im Süden des Zentrums anschließenden Hügelizeonen untersagte.

Den Ausweisungen des Plans folgte ein vierjähriges Investitionsprogramm für außerordentliche Maßnahmen, das 1972 vorgelegt wurde. Es stellte öffentliche Mittel im Umfang von knapp 140 Mrd. Lire bereit, davon 14 Prozent für Schulen, Grün- und Sportanlagen, 17 Prozent für Enteignungsentschädigungen im Rahmen der Schaffung öffentlicher Dienstleistungen und 16 Prozent für Transport und Verkehr. Bis Ende 1975 wurden 107 Milliarden Lire verausgabt.¹⁰ Konkret wurde die Zahl der Kinderkrippen und Kindergärten, der experimentellen Ganztagschulen und der Nachmittagsschulen erheblich ausgeweitet. Im Gesundheitsbereich wurden 14 Poliambulatorien errichtet. Die Fläche des öffentlichen Grün wurde nahezu verdoppelt. Vor allem in der Hügelizeone wurden riesige Grünflächen von der Kommune erworben und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.¹¹

Eine besondere Bedeutung gewannen in diesem Zusammenhang die Bemühungen um eine grundsätzlich neue „antitendenzielle“ Verkehrspolitik für das historische Zentrum.

¹⁰ Vgl. *H. Bodenschatz* (s. A 7), S. 222 ff.

¹¹ Vgl. zum Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen bis 1978 auch *H. Bodenschatz/T. Harlander*, Bologna. Sozialorientierte Kommunalpolitik an der Wende?, in: *Bauwelt* 8 (1978), S. 295 ff.



Abb. 8: Piazza Maggiore von Bologna vor Beginn der neuen Verkehrspolitik; aus: *Comune di Bologna* (s. A 8), S. 190.

Auch hierbei spielte Bologna eine europaweit beachtete Schrittmacherrolle.¹² Die Stadt für die Menschen wiederzugewinnen, implizierte, so betonten die Verfasser des Plans für das historische Zentrum, die „città ‚garage‘“, die von Autos voll- und zugestellte Stadt vom motorisierten Individualverkehr so weit wie möglich zu befreien.¹³ Hierzu galt es, „Fußgängerbereiche“ aus dem in Italien bislang gewohnten Ausnahmestatus zu holen und stattdessen im Zentrum, aber auch in den anderen Quartieren ein vernetztes System von Fußgängerzonen zu schaffen, die die Schönheit des historischen Erbes wieder erlebbar und Plätze und Straßen zu Begegnungs- und Kommunikationsräumen machen würden. Tatsächlich konnte die Fläche der Fußgängerzonen bis Mitte der 1970er Jahre fast vervierfacht werden. Der Autoverkehr im historischen Zentrum nahm zugleich um 20 Prozent ab. Auf der anderen Seite wurde die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel gesteigert – seit April 1973 wurde der Nulltarif für einzelne Gruppen vollständig und während der Hauptverkehrszeiten für alle eingeführt.

12 OECD conference on „Better towns with less traffic“: Paris, 14-16 April, 1975, case study on Bologna, OECD 1975.

13 *Comune di Bologna* (s. A 8), S. 189 ff.



Abb. 9: Bewohner eines Sanierungsgebietes im historischen Zentrum von Bologna (via S. Caterina), um 1970; aus: *Comune di Bologna* (s. A 8), S. 206.

4. KEINE VERDRÄNGUNG DER ARMEN WOHNBEVÖLKERUNG

Das Konzept der Wohnung als öffentliche Dienstleistung¹⁴ war die radikalste Dimension des Modells Bologna. Es krönte das allgemeine Konzept der öffentlichen Dienstleistungen, dem sich die Kommune damals verpflichtet sah. Den Verantwortlichen war klar, dass auch eine erhaltende Erneuerung der historischen Bausubstanz zur „Marginalisierung, Segregation und Umschichtung der Wohnbevölkerung“ führen konnte. Daher war es notwendig, so die konzeptionellen Protagonisten des Bologneser Modells, Pier Luigi Cervellati, Roberto Scannavini und Carlo De Angelis, „Maßnahmen, die die historische bauliche ‚Hülle‘ betreffen, mit ebenso detaillierten Maßnahmen hinsichtlich der sozialen ‚Inhalte‘ [...] zu verbinden.“¹⁵ Damit war eine weitere Dimension des Modells Bologna angesprochen, die soziale Orientierung der Sanierungspolitik, der Versuch, die Verdrängung armer Wohnbevölkerung zu verhindern. Wie die 1972 veröffentlichten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen von Claudio

Claroni¹⁶ zeigten, waren die sozialen Verhältnisse in den 13 ausgewählten Sanierungsgebieten relativ homogen: Dort hatte während der 1960er Jahre die Zahl der Wohnbevölkerung besonders stark abgenommen, der Anteil junger Bevölkerung war überdurchschnittlich niedrig und der Anteil alter Bevölkerung überdurchschnittlich hoch. Zugleich war nicht nur der Anteil an Einfamilienhaushalten besonders hoch, sondern auch der Anteil an Immigranten aus Süditalien.

14 Vgl. zur italienischen Debatte auf diesem Gebiet G. Rochat/G. Sateriale/L. Spano (Hrsg.), *La Casa in Italia*, Bologna 1980.

15 P. L. Cervellati/R. Scannavini/C. de Angelis, *La nuova cultura delle città. La salvaguardia der centri storici, la riappropriazione sociale degli organismi urbani e l'analisi dello sviluppp territorial nel'esperienza di Bologna*, Mailand 1977, S. 177.

16 C. Claroni (Hrsg.), *Piano per il centro storico: Stato delle abitazioni e struttura della popolazione*. Bologna 1972; zusammenfassend H. Bodenschatz (s. A 7), S. 178 ff.

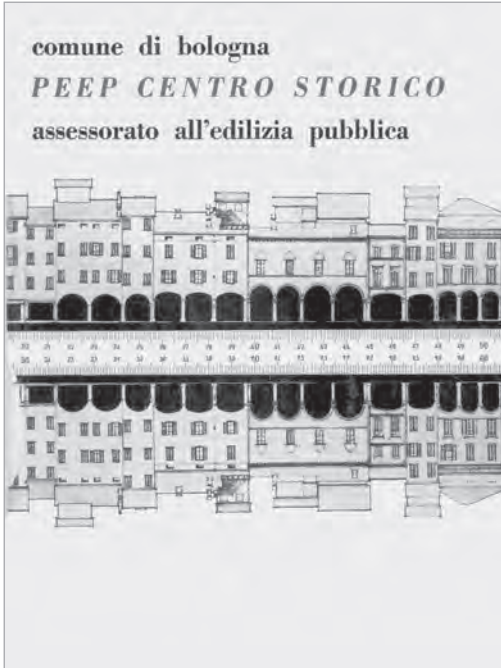


Abb. 10: Titelblatt des Plans für den sozialen Wohnungsbau im historischen Zentrum: PEEP/centro storico, adottato dal consiglio comunale nella seduta del 7 marzo 1973, Bologna 1974.

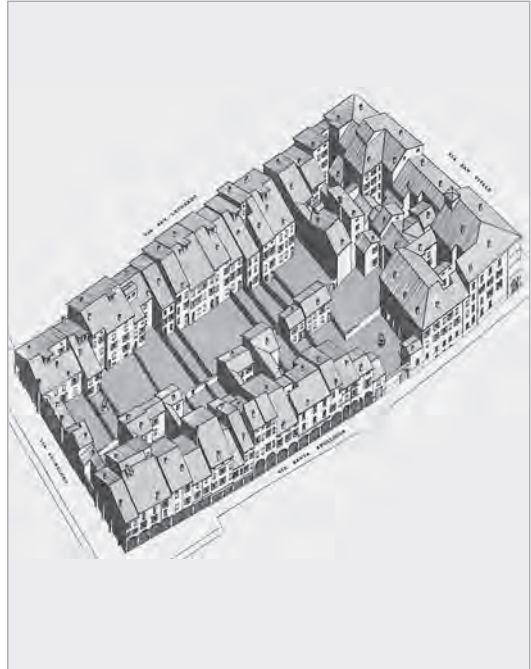


Abb. 11: Axonometrische Darstellung der geplanten Sanierung eines Baublocks im historischen Zentrum (San Leonardo, Sanierung und typologische Rekonstruktion), 1973; aus: P. L. Cervellati/R. Scannavini (s. A 9), S. 195.

Die Untersuchung der Struktur der Wohnungen in den 13 Sanierungsgebieten unterstrich diese Verhältnisse: Die Wohnungen waren besonders klein und schlecht ausgestattet, und der Anteil an Eigentumswohnungen war deutlich niedriger als in der übrigen Stadt. Bewohner mit niedrigem Einkommen waren in den Sanierungsgebieten deutlich überrepräsentiert. Mit den Untersuchungen von Claudio Carloni wurden ältere romantische und beschönigende Einsichten über die sozialen Verhältnisse im historischen Zentrum widerlegt.

Vor diesem Hintergrund wurde im Oktober 1972 ein Planentwurf für den sozialen Wohnungsbau im historischen Zentrum vorgelegt, der *Piano delle aree per l'edilizia economica e popolare*, kurz PEEP/centro storico genannt.¹⁷ Sozialer Wohnungsbau bedeutete

¹⁷ *Comune di Bologna, Assessorato all'edilizia pubblica, PEEP Centro Storico, Bologna 1973*; vgl. im Rückblick C. de Angelis, *Quarant' anni dopo. Piano PEEP Centro Storico 1973, Note a margine, tra metodo e prassi*, in: *IN_BO. Ricerche e progetti per il territorio, la città e l'architettura* 6 (2013), S. 35 ff.

in diesem Falle nicht oder nur ausnahmsweise Wohnungsneubau, sondern vor allem die sozial orientierte Sanierung des vorhandenen Wohnungsbestandes. Mit diesem Planentwurf erreichte das Modell Bologna seinen politischen Höhepunkt. Die Pläne des sozialen Wohnungsbaus der 1960er Jahre wurden nun einer scharfen Kritik unterzogen, und zwar nicht in baulicher Hinsicht, sondern in sozialer Hinsicht. Als Hauptnutznießer des (Neubau-)Plans von 1965 wurde die „Arbeiteraristokratie“ benannt. Anders als in den 1960er Jahren wurden nunmehr die Wohnungsbestände des Zentrums als Knotenpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen betrachtet. Dort sollte die Wohnungsfrage thematisiert werden, dort sollte die Verdrängung armer Bewohner verhindert und billiger Wohnraum erhalten werden.

Der Planentwurf für den sozialen Wohnungsbau im historischen Zentrum betraf – auf der Basis einer „historisch-morphologischen Analyse“ – die 13 ausgewählten Sanierungsgebiete, das heißt konkret 6.500 Wohnräume. Auf einigen nach dem Kriege nicht wieder bebauten Grundstücken war die typologische Rekonstruktion der ursprünglichen Gebäude als „Sanierungshotels“ geplant, um eine auch nur vorübergehende Vertreibung der Quartiersbewohner während der Sanierung zu vermeiden. Hinter diesem Begriff verbarg sich der Wiederaufbau von zerstörten Bauten in historischer Form, eine Praxis, die als logischer Teil einer städtebaulichen Denkmalpflege verstanden wurde.

Als geeignetes Mittel zur Realisierung des Konzepts der „Wohnung als sozialer Dienstleistung“ bestimmte der Planentwurf vor allem die so genannten Wohnungsgenossenschaften mit „ungeteiltem Eigentum“ (*cooperazione di abitazione a proprietà indivisa*). Bei dieser Genossenschaftsform sollten die Bewohner nach der Enteignung der ursprünglichen privaten Haus- und Grundbesitzer nicht individuelle Eigentümer ihrer Wohnung werden, sondern mit den übrigen Bewohnern kollektive Eigentümer des Genossenschaftsbesitzes – daher „ungeteiltes Eigentum“. Das bedeutete auch, dass die Mieter keine Vorauszahlungen leisten mussten, sondern eine festgelegte, politische Miete zu zahlen hatten. Außerdem hätten sie ein Wohnrecht auf Lebenszeit erhalten, konnten aber innerhalb der sanierten Gebiete ihre Wohnung wechseln. Für private Sanierungsformen war in dieser Konzeption anfänglich kein Platz mehr.

Um die planerischen Instrumente des sozialen Wohnungsneubaus für die Enteignung von Bauten einsetzen zu können, bedurfte es einer besonderen Interpretation des nationalen Gesetzes zum sozialen Wohnungsbau, des Gesetzes Nr. 865 von 1971 (*legge sulla casa*). Denn dieses Gesetz äußerte sich nicht eindeutig zur Möglichkeit der Enteignung in Sanierungsgebieten. Die Bologneser Planung meisterte diese Hürde, indem sie die Enteignung von zu sanierenden Immobilien als „öffentliche Dienstleistung“ deklarierte. Denn für öffentliche Dienstleistungen erlaubte das Gesetz Enteignungen.

Der Planentwurf des Jahres 1972 wurde – völlig unerwartet für die Bologneser Planer – zum Ausgangspunkt der schärfsten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen seit Beginn des Reformprozesses. Ende des Jahres erreichte die Pressekampagne gegen den Planentwurf einen Höhepunkt. Die nationale, in Bologna ansässige Zeitung *Il Resto del Carlino*

bezeichnete den Entwurf als „hinterhältig“, „marxistisch“ und „kollektivistisch“.¹⁸ Insbesondere die Enteignung der privaten Eigentümer wurde zum zentralen gesellschaftlichen Streitpunkt. Die lokale Kommunistische Partei und die Planer gerieten in die Defensive, das Enteignungskonzept wurde Schritt für Schritt zurückgenommen und schließlich ganz aufgegeben. Am Ende des Streits stand ein neues Konzept: die vertragliche Sanierung, d.h. die Sanierung durch die privaten Haus- und Grundeigentümer im Rahmen von Verträgen (*convenzioni*) zwischen den Eigentümern und der Kommune. In diesen Verträgen sollte eine Obergrenze der Miete und ein kommunales Vermietungsrecht festgelegt werden.

Die neue Fassung des Planentwurfs für den sozialen Wohnungsbau im historischen Zentrum wurde im März 1973 im Kommunalrat verabschiedet. Noch offen und weiter umstritten war die Länge der vertraglichen Bindung. Diese wurde erst im März 1975 festgelegt, auf 15 bis maximal 25 Jahre. Auch das kommunale Belegungsrecht wurde entschärft. Damit war das Projekt der Genossenschaft mit ungeteiltem Eigentum und die damit verbundene Selbstverwaltung gescheitert. Dennoch blieb eine soziale Orientierung der Sanierungspolitik bestehen, wenngleich nunmehr deutlich begrenzt.

Angesichts dieser Auseinandersetzungen und Verzögerungen war die Bilanz des Plans für den sozialen Wohnungsbau im historischen Zentrum zunächst sehr bescheiden: Bis Ende 1976 konnten nur 58 Wohnungen fertig gestellt werden.¹⁹ Doch nicht genug damit: Parallel zur Verwässerung der sozialen Orientierung der Wohnungspolitik setzte auch in Bologna insbesondere durch den zunehmenden Verkauf von Altbauwohnungen eine Entwicklung ein, die heute als Gentrifizierung bezeichnet wird. Der Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen führte im Rahmen der Abkehr von Enteignungen und des zunehmenden Gewichts privater Sanierungen zur Erhöhung der Immobilienpreise und letztendlich auch hier zu einer allmählichen Verdrängung der früheren Bewohner.²⁰ Immerhin gelang es, so Roberto Scannavini in einer Bilanzierung im Jahr 2000, in „absolutem Gegensatz“ zu anderen italienischen Großstädten weitere Bevölkerungsverluste im historischen Zentrum zu vermeiden und dort seit Anfang der 1990er Jahre sogar ein Wachstum der Wohnbevölkerung zu erreichen.²¹

5. KOMMUNALE DEZENTRALISIERUNG

In Bologna gab es schon seit 1964 Quartiersräte, deren Kompetenzen zunächst aber nur beratend waren und deren Arbeit sich auf Verwaltungsaufgaben beschränkte.²² Diese traditionelle Form der Dezentralisierung wurde bereits Ende der 1960er Jahre in Frage ge-

18 Nach Paese Sera vom 02.03.1973.

19 Vgl. H. Bodenschatz (s. A 7), S. 227.

20 Ebda., S. 230.

21 R. Scannavini, Trent'anni di tutela e di restauri a Bologna, Bologna (2001), S. 12.

22 Vgl. L. Jax (s. A 7), S. 40.

stellt. So entwickelte sich auch im Bereich des Städtebaus eine breitere Bewegung für eine Stärkung der Dezentralisierung von unten (*decentramento*), die vor allem über neu entstehende Urbanistikkommissionen der Quartiersebene auf die kommunale Planungspolitik Einfluss nahm.²³ Der Generalbebauungsplan von 1970 übertrug seinerseits den Ausbau ebenso wie die Verwaltung der öffentlichen Dienstleistungen den Quartiersinstitutionen.²⁴ Damit wurden diesen Institutionen eine politische, nicht nur eine administrativ-beratende Funktion zuerkannt. In der Tat waren in der ersten Hälfte der 1970er Jahre die Institutionen auf Quartiersebene in starkem Maße an der Formulierung und Umsetzung des Modells Bologna beteiligt.

Im März 1974 beschloss der Bologneser Stadtrat – als Ergebnis der inzwischen erweiterten Dezentralisierungspraxis und der politischen Debatten über Dezentralisierung – eine Änderung der Satzung, die die Kompetenzen der Quartiersinstitutionen in Bologna regelte. Aus dem Beigeordneten des Bürgermeisters (*Aggiunto del Sindaco*) wurde nun der Quartierspräsident, die Mitglieder des Quartiersrats wurden indirekt gewählt, das heißt nach den Stimmenanteilen bei Kommunalwahlen durch die Parteien bestimmt, die bereits bestehenden neuen Einrichtungen wie Urbanistikkommissionen und Bevölkerungsversammlungen wurden offiziell anerkannt. Und die Kommune wurde verpflichtet, bei allen wichtigen Entscheidungen Vorschläge der Quartiersinstitutionen einzuholen. Insbesondere hatten die Quartiersräte jetzt das Recht, einen Quartiershaushaltsplan aufzustellen und städtebauliche Maßnahmen umzusetzen, soweit sie das Quartier betrafen. Politisch wurde auf diesem Wege das Konzept einer so genannten „gesellschaftlichen Kontrolle“ fixiert. Kommunale Dezentralisierung war nun weit mehr als eine beratende Tätigkeit bzw. eine Kontrolle der Quartiere von oben.²⁵

Das Thema „Kommunale Dezentralisierung“ erhielt in Bologna eine besondere bauliche Prägung, da als Sitz der Quartiersdemokratie große historische Klosteranlagen gewählt wurden. 1974 wurde das erste Bürgerzentrum (*centro civico*) im Quartier Lama eröffnet, 1975 und 1976 wurden die übrigen drei Bürgerzentren des historischen Zentrums eingerichtet. Die Bürgerzentren dienten nicht nur als Sitz der Quartiersdemokratie, sondern boten auch öffentlichen Dienstleistungen Raum, etwa Poliambulatorien, Bibliotheken und Freizeiteinrichtungen. Damit gewann ein abstraktes Organisationsmodell einen spektakulären Ausdruck, und für die gewaltigen Klosterkomplexe konnte eine neue Nutzung gewonnen werden.²⁶

23 Ebda., S. 46.

24 Ebda., S. 77.

25 Ebda., S. 92 ff.

26 Vgl. die eindrucksvolle Übersicht zu dem auf diesem Gebiet bis zum Jahr 2000 Geleisteten bei R. Scannavini (s. A 21), S. 37 ff.

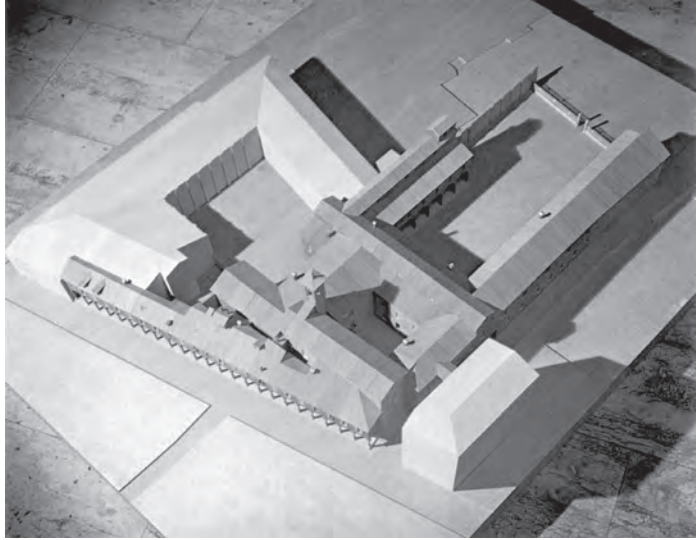


Abb. 12: Modell des ehemaligen Klosterkomplexes San Leonardo, der für ein Bürgerzentrum vorgesehen war, 1974; Quelle: centro civico. san leonardo quartiere innerio. Recupero di un contenitore storico, Bologna 1981, S. 29.

6. STAATLICHE DEZENTRALISIERUNG: EINRICHTUNG DER REGION EMILIA ROMAGNA

Die kommunale Dezentralisierung war aber nur ein Teil des Umbaus des staatlichen Apparates in der ersten Hälfte der 1970er Jahre. Von vornherein war den Planern bewusst, dass die Durchsetzung so weit reichender Veränderungen der Entwicklungs- und Planungslogik wie in Bologna nur im Kontext einer entsprechenden Neuorientierung und Dezentralisierung der übergeordneten regionalen und territorialen Planungsinstitutionen möglich sein würde. Die Chance hierzu bot sich mit der über 20 Jahre verspäteten, in Artikel 117 der Verfassung von 1948 bereits vorgesehenen Einrichtung der Regionen mit Normalstatut (fünf Regionen mit Sonderstatut wurden bereits zuvor eingerichtet).²⁷ Tatsächlich wurde mit dem Wahlgesetz Nr. 108 von 1968 sowie dem Finanzierungsgesetz Nr. 1084 von 1970 und der Eröffnung der Möglichkeit, Statute zu verabschieden, eine staatliche Dezentralisierung auf den Weg gebracht, die mit der Überführung von staatli-

²⁷ Vgl. zu dem der Institutionalisierung der Regionen zugrunde liegenden politischen Prozess T. Harlander, Regionale Entwicklungspolitik in der Emilia-Romagna, Frankfurt, New York 1979, S. 90 ff.

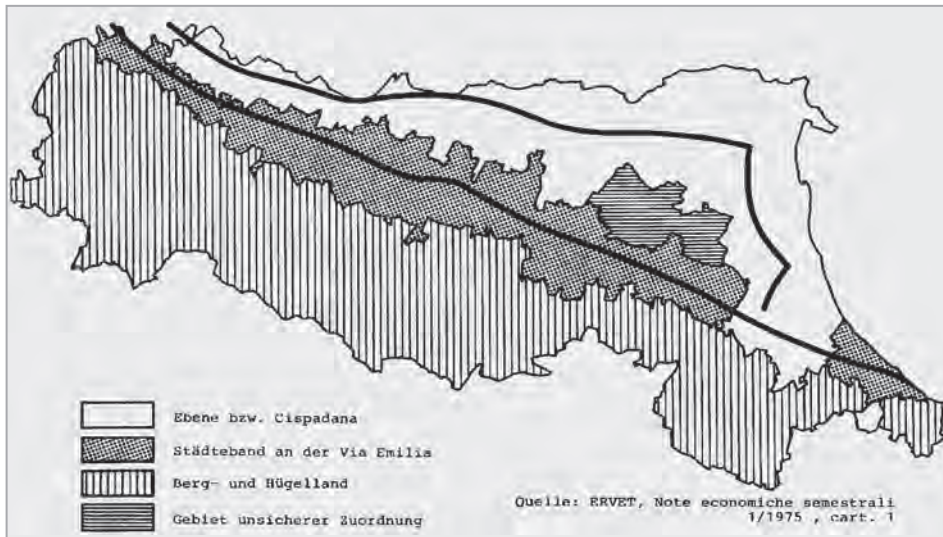


Abb. 13: Räumliche Struktur der Region Emilia Romagna, 1975; aus: T. Harlander (s. A 7), S. 157.

chen Verwaltungsaufgaben in die Kompetenzen der Regionen 1972 und schließlich dem Gesetz Nr. 382 von 1975 ihren vorläufigen Abschluss fand. Bologna wurde in diesem Prozess politischer und administrativer Sitz der Region Emilia Romagna.

Als Ergebnis einer breiten Debatte wurde im Dezember 1970 parteienübergreifend mit dem Gesetz Nr. 342 ein Statut, eine Art kleine Verfassung, für die neue, zu gründende Region Emilia Romagna verabschiedet.²⁸ In städtebaulicher und sozialer Hinsicht forderte das stark durch die kommunistische Partei beeinflusste Statut eine „offene Region“, die nicht mehr der früheren Klientelwirtschaft (*clientelismo*) verpflichtet war, sondern der gesamten Bevölkerung, eine grundsätzlich soziale Orientierung, die vor allem auf die umfassende Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen zielte, sowie eine gleichgewichtige räumliche Entwicklung und die effektive Partizipation der Bürger. Die Voraussetzungen für ein alternatives *modello emiliano* mit dem Ziel einer gleichgewichtigeren raumstrukturellen und wirtschaftlichen Entwicklung und des Abbaus der negativen Folgen des ungeplanten Industrialisierungs- und Ballungsprozesses während der 1950er und 60er Jahre schienen gerade in der Emilia-Romagna mit ihrer polyzentralen Struktur entlang der Hauptachse der Via Emilia, ihrem hohen Anteil an produktiven kleinen und mittleren Betrieben sowie dem traditionell großen Gewicht des Genossenschaftssektors relativ günstig.

28 Ebda., S. 124.

Im März 1973 wurde der Entwurf eines regionalen Entwicklungsprogramms vorgelegt, der eine breite Diskussion auslöste. Ziel des Entwurfs war eine „öffentliche Kontrolle der Entwicklung des Territoriums“ im Sinne einer Überwindung der vorhandenen Ungleichgewichte. Hierzu wurde vor allem die Integration der räumlichen Territorialplanung (Hauptziel: die Schaffung einer alternativen Entwicklungsachse „Cispadana“) mit einer auf die wirtschaftliche Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe und der Förderung der genossenschaftlichen Betriebsformen zielenden Wirtschaftspolitik ins Zentrum gerückt. Explizit wurden zudem ein umfassender Landschafts-, Natur und Umweltschutz, der Schutz der historischen Zentren sowie ein Ausbau des sozialen Wohnungsbaus gefordert. Gebündelt wurden diese Forderungen in der Losung „Wohnung und Stadt als öffentliche Dienstleistung“.²⁹ Der regionale Haushaltsplan von 1974 setzte schließlich im Bereich des Städtebaus klare Prioritäten zugunsten des öffentlichen Verkehrs, des sozialen Wohnungsbaus und des Landschaftsschutzes. Doch in den Folgejahren wurde in wachsendem und ernüchterndem Ausmaß deutlich, dass sich die mit der Institutionalisierung der Regionen anfänglich verknüpften überschwänglichen Hoffnungen nur schwerlich und bestenfalls ansatzweise realisieren ließen. Hierzu trugen die sich verstärkende Wirtschafts- und Finanzkrise, der hinhaltende Widerstand der zentralstaatlichen Institutionen gegen jede wirksame Dezentralisierung vor allem von Finanzmitteln und nicht zuletzt auch die auf gesamtstaatlicher Ebene an die DC (*Democrazia Christiana*) gemachten politischen Zugeständnisse maßgeblich bei. Der für die Funktionsweise des „*modello emiliano*“ konstitutive „indirekte Lohn“, d.h. die überdurchschnittliche Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen wurde damit mehr und mehr in Frage gestellt.

7. DIE KRISE DES MODELLS BOLOGNA

Um die Mitte der 1970er Jahre hatte sich das „Modell Bologna“ herausgebildet: ein Programm und eine Praxis, die baulich, sozial und politisch neue Maßstäbe von europäischer Bedeutung setzten. Baulich zielte es auf Stadterneuerung statt Stadterweiterung. Das bedeutete praktisch: erhaltende Erneuerung des historischen Zentrums, das insgesamt, nicht mehr nur fragmentarisch als städtebauliches Denkmal begriffen wurde. Sozial wurde das Konzept der Stadt als Netzwerk öffentlicher Dienstleistungen entwickelt, das ausgebaut und räumlich gerecht verteilt werden sollte. Auch das Wohnen wurde nicht mehr als Ware, sondern als öffentliche Dienstleistung angesehen. Die neue Wohnungspolitik sollte nicht mehr nur der Arbeiteraristokratie, sondern vor allem den Ärmsten und damit auch den Immigranten aus Süditalien dienen. Diese radikalste Dimension des Modells Bologna wurde aber bereits 1973 aufgrund von Eigentümerprotesten verwässert. Politisch wurde das Modell Bologna durch eine auf Dezentralisierung gerichtete

²⁹ Ebda., S. 177.



tete Reform der öffentlichen Institutionen flankiert, die zwei räumliche Ebenen betraf: die Ebene der Quartiere und die Ebene der Regionen. Finanziert wurde das Modell – im Gegensatz zu der während den 1950er und frühen 60er Jahren geübten Politik des *buongoverno*, d.h. einer auf ausgeglichene Haushalte zielenden kommunalen Haushaltspolitik – durch deficit spending, eine keynsianische Finanzpolitik, die in Bologna bereits seit den 1960er Jahren praktiziert wurde. Ab Mitte der 1970er Jahre geriet das Modell Bologna bereits in eine schwere Krise. Deren Grundlage war auf den ersten Blick die wirtschaftlich schwierige Situation, die eine Umsetzung des ambitionierten Programms der öffentlichen Dienstleistungen in Frage stellte. Entscheidend war aber die Art und Weise, in der die herrschende kommunistische Partei auf gesamtstaatlicher Ebene seit 1976 auf

diese Krise reagierte. Die kommunistische Partei forcierte nunmehr eine Austeritätspolitik, die ihr im Kontext einer „*compromesso storico*“-Politik politische Legitimation verschaffen sollte, aber in hartem Gegensatz zur Politik des deficit spending der ersten Hälfte der 1970er Jahre stand. Zum zentralen Ziel der Bologneser Kommunalpolitik wurde nunmehr die Kürzung der öffentlichen Ausgaben.³⁰

Ergebnis dieses haushaltspolitischen Kurswechsels waren so genannte Anpassungen der Tarife für öffentliche Dienstleistungen, was nichts anderes bedeutet als deren Erhöhung. Den steigenden Preisen für Gas und Wasser folgten in den Jahren 1976 und 1977 Preiserhöhungen für die Schulspeisung, für Kinderkrippen und für den öffentlichen Nahverkehr. Zugleich wurden die Leistungen selbst gekürzt, etwa durch die Kürzung der Öffnungszeiten für Kindergärten und eine Reduzierung der Frequenzen des öffentlichen Nahverkehrs. Auch die Mieten für kommunale Wohnungen wurden erhöht. Selbst die Quartiersdemokratie veränderte infolge der Austeritätspolitik ihren Charakter: Nicht mehr die Planung, Verwaltung und der Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen standen nunmehr im Zentrum, sondern die Durchsetzung von Sparmaßnahmen auf Quartiers-ebene. All diese Maßnahmen erschütterten das Modell Bologna grundlegend. Sie bildeten den Hintergrund für neue Konfliktfronten und gesellschaftliche Auseinandersetzungen, die am 11. März 1977 mit dem Tod des Studenten Francesco Lorusso, Mitglied von Lotta Continua, begannen.

8. FAZIT

Die Faszination des „Modells Bologna“ beruhte bis Mitte der 1970er Jahre vor allem auf dessen doppelter Orientierung: zum einen als gestalterische, bildvermittelte, denkmalgerechte, also gebäudebezogene Politik, zum anderen als sozialbezogene Politik hinsichtlich der Nutzung der Gebäude und des Stadtraums, vermittelt durch neue Formen der Partizipationskultur. Aber auch diese doppelte Politik konnte erst durch den Gegenstand selbst ihre suggestive Wirkung entfalten – durch die Altstadt von Bologna, eine der größten und schönsten Altstädte Europas. Die gestalterische Dimension des Modells Bologna faszinierte vor allem Denkmalpfleger und Architekten, die sozialpolitische Dimension Sozialwissenschaftler und Politiker. Von großer Bedeutung war aber auch das generelle

30 Edoardo Salzano, einer der führenden Urbanisten Italiens, ehem. Professor für Städtebau, Präsident des nationalen Urbanistischen Instituts von 1983-1991, Verantwortlicher für zahlreiche Generalbebauungspläne italienischer Städte und Autor vieler Bücher, sieht die eigentliche Krise des Reformmodells erst später, beginnend in den 1980er Jahren und vor allem nach 2000. Damals, so Salzano, hat sich die Gesamtlage verändert, die Dominanz des Neoliberalismus, des Privaten vor dem Öffentlichen, wurde in strukturellen Weichenstellungen sichtbar, etwa in der Bologneser Bauordnung des Jahres 2000 und in dem Regionalgesetz, das den Wiederaufbau nach dem Erdbeben 2012 betraf; vgl. E. Salzano, L'Emilia-Romagna: Le buone stagioni e la cattiva, 28 Aprile 2015, www.eddyburg.it/2015/04/lemila-romagnale-buone-stagioni-e-la.html [06.07.2015].

politische Umfeld – die Existenz einer starken eurokommunistischen Stadtregierung, die in der Formel „das rote Bologna“ ihren Ausdruck fand. Dieser Aspekt mobilisierte die damals stark politisierte Fachwelt in besonderem Maße, und zwar keineswegs nur im Sinne einer zustimmenden Bewunderung, sondern auch in einer kritischen Distanz. Denn die eurokommunistische Perspektive war in einer sich als progressiv verstehenden Wissenschaftswelt durchaus umstritten.

Heute, ja eigentlich schon seit den 1980er Jahren ist das Modell Bologna – zumindest außerhalb Italiens – weithin vergessen.³¹ Wer kennt schon die komplexen Dimensionen des Modells Bologna, wer seine Protagonisten wie etwa Pier Luigi Cervellati, einen ehemaligen wissenschaftlichen Assistenten von Leonardo Benevolo? Wer erinnert sich noch an Renato Zangheri, den Bürgermeister dieser Jahre (1970-1983), der am 6. August 2015 verstorben ist?³² Wenn überhaupt noch auf Bologna geblickt wird, dann zumeist in einer sehr engen Perspektive, mit Schwerpunkt auf die erhaltende Erneuerung des historischen Zentrums. In der Tat stellt sich diese Dimension heute als die einzige dauerhafte dar, während alle anderen Dimensionen ihre programmatische Kraft verloren haben. Hierzu noch drei abschließende Anmerkungen:

► 1. Das Modell Bologna war mit Blick auf die besondere Komposition der fünf Dimensionen einzigartig und neu, nicht aber hinsichtlich der einzelnen Dimensionen. Die Konzeption der öffentlichen Dienstleistungen spielte bereits in der ausgeprägten Kommunalwirtschaft der Zwischenkriegszeit eine herausragende Rolle. Das gilt auch für den Wohnungsbau, wenngleich eigentlich nur im „roten Wien“ der soziale Wohnungsbau die wirklich ärmeren Bewohner erreichte. Hinsichtlich der Regionalpolitik des territorialen Ausgleichs hatte das von seinem scharfen – und bis heute virulenten und unge lösten – Nord-Süd-Gegensatz gebeutelte Italien Nachholbedarf, und das Programm der kommunalen Dezentralisierung war alles andere als eine Erfindung der Eurokommunisten. Selbst die Ausweisung eines ganzen historischen Zentrums als Gesamtdenkmal war nicht gänzlich neu. So wurde etwa die Altstadt von Óbidos im Norden von Lissabon bereits 1951, also während der Salazardiktatur, komplett als Denkmal bewertet. Gänzlich neu war aber die Kombination all dieser Dimensionen, die erst die Professionen übergreifende Faszination des Modells Bologna erklären kann.

31 Vgl. als aktuelle Rückbesinnung in der italienischen Diskussion und perspektivische Weiterentwicklung des auf das historische Zentrum konzentrierten Modells der 1970er Jahre („Bologna centro storico“) auf die Gesamtstadt („Bologna città storica“) die in Nummer 1 (2010) der Zeitschrift *IN_BO. Ricerche e progetti per il territorio, la città e l'architettura* zusammengefassten Beiträge, *L. Bravo* (Hrsg.), Bologna, città storica sowie als Versuch einer umfassenden Bestandsaufnahme nicht nur der Bologneser, sondern auch der Entwicklungen in der Region Emilia-Romagna aus heutiger Sicht die Nummer 6 (2013) der gleichen Zeitschrift, *P. Orlandi/L. Bravo* (Hrsg.), Città e regione in Emilia-Romagna. Il progetto di un territorio e la sua storia (1970-2013).

32 Vgl. *La Repubblica* vom 08.08.2015.

► 2. Der Blick von heute auf das Modell Bologna enthüllt ein Dilemma unserer Profession der Planungswissenschaften. Wir haben keine Kultur der kontinuierlichen Evaluierung von Modell- und Kultprojekten, zu denen das „Modell Bologna“ zweifelsfrei zu rechnen ist. Die Planungswissenschaften propagieren jeweils für kurze Zeit erfolgreiche Modelle, etwa die behutsame Stadterneuerung in West-Berlin oder die Erneuerung der öffentlichen Räume in Barcelona, aber ab dem Zeitpunkt, an dem diese Modelle in die Krise geraten, lässt nicht nur die vordergründige Begeisterung nach, sondern auch jegliches tiefer greifende wissenschaftliche Interesse. Wir haben daher kein Wissen über die Krise und deren Gründe und Verlauf. Und wir haben keine Deutung a posteriori dieser besonderen Ereignisse – angesichts der Handlungsorientierung der Planungswissenschaften eigentlich ein Armutszeugnis.

► 3. Wenn sich aus heutiger Sicht das Modell Bologna nur noch als ein überholtes fachlich-urbanistisches Konzept darstellt,³³ dann verweist das auch auf ein grundlegend verändertes Verständnis von Wissenschaft. Heute wird weithin eine rein analytische Sichtweise präferiert, während in den 1970er Jahren das Modell Bologna in der Regel handlungsorientiert diskutiert wurde – von den Planern als Modell, das unter Anerkennung der jeweiligen Spezifika in die eigene Stadt importiert und dort diskutiert und adaptiert werden kann, von den Politikern als zukunftsträchtiges Modell, das den Weg zu einer besseren Stadt weisen kann. Dass diese Perspektive nicht nur unkritische Rezeptionen erlaubte, lag an der durchaus kritischen Debatte über den Eurokommunismus. Eine handlungsorientierte Perspektive schloss damals immer die Debatte über das politische Programm und dessen Umsetzung ein.³⁴ Ganz zaghaft dringen allerdings nach Jahren neoliberaler Hegemonie, die den Diskurs um die „öffentlichen Dienstleistungen“ als Thema einer Welt von vorgestern erscheinen ließ, mit neuen Debatten um „Commons“, um Gemeinwohl und „solidarische Ökonomie“ gegenwärtig auch wieder Topoi ins Bewusstsein, die andere, fast vergessene Dimensionen von Stadtentwicklungspolitik thematisieren.³⁵ Der heutige Blick hat diese zentrale Dimension des Modells Bologna oft in der Vergessenheit verschwinden lassen. Eigentlich könnte er auch das Gegenteil bewirken: die Erkenntnis, dass die Ohnmacht öffentlicher Institutionen kein Naturgesetz ist, sondern Ausdruck politischer Entscheidungen. Oder mit den Worten von Edoardo Salzano: „Es ist nicht wahr, dass es, wie Margaret Thatcher proklamierte, ‚keine Alternative gibt‘. Ein anderes Europa, ein anderes Italien, eine andere Emilia-Romagna sind möglich.“³⁶

33 Vgl. hierzu P. Orlandi, La questione dei centri storici esiste ancora? in: IN_BO. Ricerche e progetti per il territorio, la città e l'architettura 1 (2010), S. 31 ff.

34 Vgl. H. Bodenschatz/T. Harlander, Ansätze einer alternativen Urbanistik in Italien, in: Leviathan 4 (1978), S. 575 ff.

35 Vgl. hierzu das Wissenschaftliche Kolloquium der DASL 2014, Fiktion Gemeinwohl, in: DASL/J. Wékel (Hrsg.), Stadt & Auto. Almanach 2014/2015, Berlin 2015, S. 427 ff.

36 E. Salzano (s. A 30).